Reglement

über die Landverwaltung und Flurpolizei der Einwohnergemeinde Lyss

I. Organisation

Art. 1

Die Ueberwachung der reglementarischen Vorschriften und die Ausübung der behördlichen Verfügungen und Anordnungen obliegen dem Gemeinderat und der Landwirtschaftskommission.

Verwaltungs-
behörden

Art. 2

Die Verwaltungsobliegenheiten des Gemeinderates umfassen insbesondere:

Gemeinderat

- a) die Interpretation des reglementarischen Wortlautes;
- b) die Oberaufsicht über die Handhabung der nachstehenden Bestimmungen — Beschlussfassung über allfällige Widerhandlungen;
- c) die Festsetzung der Beitragspflichten und Entschädigungen;
- d) der Abschluss von Dienst- oder Arbeitsverträgen;
- e) die Aufstellung von Instruktionen;
- f) die Beschlussfassung über allfällige Streitigkeiten aus Dienst- oder Arbeitsverhältnissen;

- g) alle übrigen hienach speziell stipulierten oder sich im Rahmen der Landverwaltung und Feuerpolizei ergebenden Aufgaben;
- h) die Delegation von bestimmten Aufgaben an die Landwirtschaftskommission, an Behördemitglieder oder Gemeindeangestellte.

Art. 3

Landwirtschafts-
kommission

Der Landwirtschaftskommission liegt ob:

- a) die Ueberwachung der richtigen Handhabung der regulatorischen Bestimmungen oder behördlichen Verfügungen;
- b) Abklärung von Widerhandlungen;
- c) Aufsicht über die angestellten Funktionäre und die übertragenen Arbeiten;
- d) Beratung und Formulierung von Anträgen bezüglich der dem Gemeinderat obliegenden einschlägigen Geschäfte.

II. Land- und Forstverwaltung

Art. 4

Verwaltung

Das der Gemeinde gehörende Grundeigentum, laut den speziell hierfür angelegten Plänen und Flächenverzeichnissen, ist — mit Ausnahme des Bürger- und Armenlandes, der der Einwohnergemeinde zur Verwaltung zustehenden Waldflächen und des Windbrechers im Schachen — durch die Landwirtschaftskommission zu verwalten.

Art. 5

Unterteilung

Das zur Verfügung stehende Land ist in Pacht- und Pflanzlandstücke zu unterteilen. Das Pachtland wird ausschliesslich an Landwirte, das Pflanzland an hier ansässige Familien und Einzelpersonen abgegeben.

Art. 6

Das Pachtland wird ordentlicherweise versteigert und dem Höchstbietenden für die Dauer von 3 bis 6 Jahren zugeschlagen. Die Pachtsteigerung ist jeweils einmal im Amtsanzeiger anzuzeigen. Wenn der Gemeinderat Zuteilung ohne Steigerung beschliesst, oder wenn eidgenössische oder kantonale Verfügungen eine Versteigerung nicht zulassen, sind die bisherigen Pächter brieflich zu einer Neuzuteilung aufzubieten. Auf eine Publication wird unter diesen Umständen verzichtet.

Pachtland

Findet bis zum 15. Oktober des letzten Pachtjahres keine Neuverpachtung statt und wird auch seitens des Pächters die Pacht nicht bis längstens 15. September abgemeldet, so läuft die Pacht stillschweigend um 3 weitere Jahre zu den bisherigen Bedingungen weiter. Die Abgabedauer von nur einem Jahr kann ausdrücklich vorbehalten werden, sie bedarf jedoch im einzelnen Fall der Bewilligung des Regierungsstatthalters.

Art. 7

Die Pflanzlandstücke sind stets vor der Abgabe zu schätzen und den Bewerbern zum festgesetzten jährlichen Pachtzins für die Dauer von 3 Jahren zuzuteilen.

Pflanzland

Auch hier findet, ohne vorherige Kündigung oder Neuzuteilung nach Art. 6/2, eine stillschweigende Erneuerung des Pachtverhältnisses statt.

Pflanzland, das nicht von Privaten beansprucht wird, kann an Landwirte abgegeben werden.

Die Abgabedauer von nur einem Jahr kann ausdrücklich vorbehalten werden.

Die Gemeindeschreiberei führt ein Verzeichnis über die zur Anmeldung gelangenden Bewerber. Diese Anmeldungen sind durch die Interessenten jeweils bis zum 15. September jeden Jahres einzureichen. Die Gegenüberstellung dieser Anmeldungen dient der Verwaltungskommission jeweils als Grundlage zum Beschluss, ob eine öffentliche Ausschreibung

vorzunehmen sei oder nicht. Bei Landmangel sind jeweils dem gleichen Pächter nicht mehr als 2 Parzellen oder rund 18 Aren zuzuteilen. In besondern Fällen dürfen Ausnahmen durch den Gemeinderat bewilligt werden.

Art. 8

Unterpacht

Die Parzellen sind in der Regel von den Pächtern selbst zu bebauen. Ohne Einwilligung der Verwaltungsbehörden darf keine Parzelle in Pacht gegeben werden, und es steht in der Befugnis der Landwirtschaftskommission, eine ohne ihre Mitwirkung eingegangene Unterpacht ohne weiteres aufzulösen und über die betreffende Parzelle zu verfügen. Im Wiederholungsfalle werden Sanktionen vorbehalten.

Art. 9

Schlechte
Bewirtschaftung

Schlecht bebaute oder vernachlässigte Parzellen kann die Kommission nach nutzloser Verwarnung zurückziehen.

Art. 10

Der Pachtzins ist jährlich bis zum 11. November unaufgefordert der Gemeindekasse einzuzahlen. Ab 1. Januar des folgenden Jahres ist ein Verzugszins von 4 % zu entrichten, sowie Mahnungs- und übrige Inkassospesen zu bezahlen.

Bis zu einer rechtmässigen Kündigung nach Art. 7 haftet der bisherige Pächter für den Pachtzins. Die Kosten für die Landzuteilung und für den Abschluss der Pachtverträge können den Pächtern durch Erhebung einer Gebühr von max. Fr. 1.— pro Parzelle auferlegt werden.

Art. 11

Waldverwaltung

Die Verwaltung der der Einwohnergemeinde zustehenden kleinen Waldflächen, sowie des Windbrechers, wird durch die Forstkommission und deren Organe ausgeübt. Ueber Massnahmen oder Ausgaben, die den jeweiligen Budgetbetrag über-

steigen, hat die Kommission jeweils dem Gemeinderat schriftlich Antrag zu stellen. Die Anträge oder Berichterstattungen können auch mündlich über den Gemeindepräsidenten erfolgen.

III. Hühnersperre

Art. 12

Das Hausgeflügel (Laufgeflügel) ist während der Vegetationszeit, 1. April bis 31. Oktober jeden Jahres, täglich bis 17 Uhr eingesperrt zu halten.

Sperrzeiten

Art. 13

Unter Hausgeflügel (Laufgeflügel) sind alle Rassen Hühner, Enten, Gänse, Truten verstanden, d. h. alles Federvieh, das in Gärten und Kulturen Schaden anzurichten vermag.

Tierarten

Art. 14

Begründete Klagen sind jeweils beim Präsidenten der Landwirtschaftskommission vorzubringen. Diesem obliegt die Pflicht, die notwendigen Vorkehrungen nach Art. 15 und 16 zu veranlassen.

Klagen

Art. 15

Wer sein Hausgeflügel während der Sperre frei herumlaufen lässt, wird strafbar, sobald ein Uebertritt von Tieren auf fremdes Eigentum stattfindet. Nach einmaliger fruchtloser Vermahnung sind Bussen auszusprechen, die sich bei Wiederholung steigern.

Widerhandlungen

Art. 16

Erhebt der Geschädigte Anspruch auf Schadenersatz, so lässt die Landwirtschaftskommission durch zwei neutrale Mitglieder eine Schätzung vornehmen. Diese haben den Streitfall in unparteiischer Weise möglichst friedlich zu schlichten. Sind dem Schadensfall Mahnungen vorangegangen, so hat

Schadenfälle

der Fehlbare die Kosten für die Schätzung und die Verhandlungen zu übernehmen.

IV. Kartoffelkäfer

Art. 17

Bekämpfungsobligatorium

Jeder Kartoffelpflanzer ist verpflichtet, seine Kartoffelfelder sorgfältig zu überwachen und den auftretenden Schädling in allen seinen Formen rechtzeitig zu vernichten.

Art. 18

Chemische Bekämpfung

In früh oder stark befallenen Aeckern ist eine chemische Bekämpfung der Käfer mit geeigneten, vom Kanton empfohlenen, Giften vorzunehmen.

Art. 19

Kombinierte Spritzungen

Kombinierte Spritzungen sind nur dann anzuwenden, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, sowohl den Kartoffelkäfer, als auch die Kartoffelkrankheiten bekämpfen zu können.

Art. 20

Unbehandelte Aecker

Verseuchte Kartoffelfelder, die nicht oder ungenügend behandelt wurden, sind auf Anordnung der verantwortlichen Aufsichtsperson der Käferbekämpfung zu unterstellen. Die Kosten der Behandlung und der Anordnung gehen zu Lasten des säumigen Besitzers. Bei böswilliger Pflichtverletzung ist dieser zudem bussepflichtig.

V. Maikäfer

Art. 21

Obligatorium

Die Bekämpfung der Maikäfer in den Flugjahren wird obligatorisch erklärt.

Art. 22

Der Gemeinderat, auf Antrag der Landwirtschaftskommission, beschliesst jeweils rechtzeitig vor Beginn des Fluges, ob die Bekämpfung durch Sammeln der Käfer, durch chemische Mittel oder durch Kombination beider Bekämpfungsarten zu geschehen hat.

Bekämpfungsarten

Der Gemeinderat ist ferner ermächtigt, die Bekämpfung der Engerlinge zu beschliessen.

Art. 23

Sammelpflichtig sind sämtliche Grundeigentümer in der Gemeinde im Verhältnis ihrer Bodenfläche oder an ihrer Stelle die betreffenden Nutzniesser und Pächter, sowie sämtliche Haushaltungen.

Sammelpflicht

Der Gemeinderat bestimmt ausdrücklich, ob und wie weit auch die Waldbodenfläche mitzuverpflichten ist.

Art. 24

Das vom Gemeinderat zu bestimmende Pflichtquantum der abzuliefernden Käfer wird je nach der zu erwartenden Stärke des Käferfluges festgesetzt. Der Gemeinderat bestimmt auch die Ablieferungsart, die Ablieferungszeiten, die Sammelstellen und die Form der erforderlichen Bekanntmachungen.

Ablieferungsmenge und -art

Art. 25

Die über das festgesetzte Pflichtquantum hinausgehenden und die freiwilligen Ablieferungen werden zu einer, in jedem Flugjahr neu festzusetzenden Entschädigung vergütet.

Mehr-
ablieferungen
Minder-
ablieferungen

Nicht abgelieferte Pflichtmengen sind nach den vom Gemeinderat zu bestimmenden Ansätzen zu bezahlen. Zusätzlich kann eine Busse erhoben werden, welche den Betrag von Fr. 5.— pro Haushaltung nicht übersteigen darf. Diese Busse ist als Forderung zu behandeln, für deren Inkasso das Bussenöffnungsverfahren laut Art. 35 hienach nicht anwendbar ist. Für Böswilligkeit und Widerhandlungen gegen die Vorschriften ist Art. 35 massgebend.

Art. 26

Kostentragung

Soweit die Sammelpflicht durch die chemische Bekämpfung ersetzt wird, übernimmt die Gemeinde von den nicht durch allfällige Staatsbeiträge gedeckten Kosten einen vom Gemeinderat festzusetzenden, 50% nicht übersteigenden Anteil. Den Rest tragen die Grundeigentümer bzw. Nutzniesser und Pächter durch Leistung einer Flurteile nach Abschnitt VII hienach. Der Gemeinderat entscheidet, ob neben der chemischen Bekämpfung auch noch eine allgemeine Sammelpflicht gegeben ist.

Der Gemeinderat kann für die Bekämpfung der Engerlinge, soweit Bekämpfungsmittel nach den Weisungen der zuständigen Behörden angewendet werden, Beiträge beschliessen. Diese Kosten, sowie allfällige Defizite, entstehen durch Auszahlungen für Mehrablieferungen von gesammelten Käfern, werden gemäss Abschnitt 1 verteilt.

VI. Mäuse

Art. 27

Obligatorium

Das Fangen und Töten der Feldmäuse wird für das gesamte Kulturland obligatorisch erklärt.

Art. 28

Bekämpfungsmassnahmen

Diese Arbeiten werden einem Feldmauser übertragen. Der Gemeinderat kann auch eine geeignete chemische Bekämpfung anordnen. Bezüglich der Kostentragung wird auf Abschnitt VII verwiesen.

Art. 29

Bei starker Ueberhandnahme der Schädlinge können sämtliche Grundeigentümer für die Durchführung der Ausrottungsmassnahmen herangezogen werden.

VII. Flurtelle

Art. 30

Für die Durchführung der vorerwähnten Bekämpfungsmassnahmen, d. h. insbesondere zur Deckung der Kosten der Mäusebekämpfung und zur Bestreitung des Eigentümeranteiles bei der Maikäfer- oder Engerlingsbekämpfung, wird eine Flurtelle bezogen.

Telle
Ansatz

Der Tellansatz wird durch den Gemeinderat je nach Bedürfnis festgesetzt.

Art. 31

Beitragspflichtig ist jeder Grundeigentümer, bezw. dessen Pächter oder Nutzniesser, und zwar im Verhältnis der Fläche des von ihm bebauten Kulturlandes und gegebenenfalls der pflichtig erklärten Waldbodenfläche. Die Gemeinde ist berechtigt, für diese Telle den Grundeigentümer persönlich zu belangen, welchem das Rückforderungsrecht gegenüber Nutzniessern oder Pächtern zusteht.

Beitrags-
berechnung

Art. 32

Der Bezug der Flurtelle erfolgt mit den ordentlichen Steuern, ebenfalls nach Bedarf jährlich oder in grösseren Zeitabständen. Der Gemeindegassier ist verpflichtet, über diesen Tellbezug und die Verwendung des Ertrages gesonderte Abrechnung abzulegen, die wie die übrigen Gemeindegerechnungen der Kontrolle der jeweiligen Gemeinde-Rechnungsprüfungskommission zu unterstellen ist. In diese Rechnung dürfen nur Arbeiten und Aufwendungen für die Flurpolizei verbucht werden.

Bezugsart
Abrechnung

VIII. Schluss- und Uebergangsbestimmungen

Art. 33

Der Gemeinderat ist ermächtigt, für die einzelnen Massnahmen die nötigen Ausführungsvorschriften zu erlassen.

Ausführungs-
vorschriften

Art. 34.

Aktionsgebiet

Alle vorenthaltenen Bestimmungen und Verfügungen erstrecken sich auf das gesamte Gemeindegebiet. Der Gemeinderat hätte ausdrücklich zu beschliessen, wenn einzelne Massnahmen nur Teilgebiete der Gemeinde betreffen sollten.

Art. 35

Widerhandlungen
Bussen

Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglementes, wie auch das Behindern oder Stören von beschlossenen Massnahmen, werden mit einer Busse von Fr. 5.— bis Fr. 200.— bestraft.

Für das Verfahren — mit Ausnahme der nach Art. 25 festgesetzten Bussen — gelten die Bestimmungen des Dekretes über das Busseneröffnungsverfahren in den Gemeinden vom 9. Januar 1919 und das Gesetz über das Strafverfahren vom 20. Mai 1928. Bezahlt der Fehlbare die verhängte Busse ohne das vorgeschriebene Eröffnungsverfahren, kann auf die Zustellung der Bussenverfügung durch den Polizeidiener verzichtet werden.

Art. 36

Rechtskraft

Dieses Reglement tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft. Damit werden alle bezüglichlichen früheren Reglemente aufgehoben.

Lyss, den 31. März 1952

Im Namen der Einwohnergemeinde:

Der Präsident:

Siegfried

Der Gemeindeschreiber:

Ed. Zürcher

Bescheinigung

Das vorstehende Reglement über die Landverwaltung und Flurpolizei der Einwohnergemeinde Lyss ist in der Gemeindeabstimmung vom 19./20. April 1952 mit 400 Ja gegen 152 Nein angenommen worden.

Das Reglement wurde rechtzeitig vor der Abstimmung mit der dazu gehörenden Botschaft jedem Stimmberechtigten zugestellt; es lag zudem 10 Tage vor und 10 Tage nach der Gemeindeabstimmung auf der Gemeindeschreiberei öffentlich auf. Die Gemeindeabstimmung ist gesetzesgemäss im Amtsblatt des Kantons Bern und im Anzeiger für das Amt Aarberg bekannt gemacht worden.

Einsprachen sind keine eingelangt.

Lyss, den 5. Mai 1952

Der Gemeindeschreiber:

Ed. Zürcher

Vom Regierungsrate genehmigt.

Bern, den 16. September 1952.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

D. Buri

Der Staatsschreiber:

Schneider